

# PRESSEMITTEILUNG

Potsdam, 27.06.2014

## Bereits 17.542 Stimmen innerhalb von nur vier Wochen für die Volksinitiative „Mussische Bildung jetzt“

### **In nur vier Wochen seit dem Start der Volksinitiative am 21. Mai 2014 sammelten die Musik- und Kunstschulen bereits über 17.542 Stimmen - Breite Unterstützung für die Volksinitiative in den Fraktionen des Landtages**

Anfang des Jahres wurde das neue Brandenburgische Musik- und Kunstschulgesetz beschlossen, ohne dass die Landesförderung an gestiegene Schülerzahlen und Tarifierhöhungen angepasst wurde. Auch die Einbeziehung der Kunstschulen in die Förderung schlägt sich nicht in einer Anpassung der Fördermittel nieder. Die Förderung des Landes bleibt auf dem Niveau vom Jahr 2003! Im gleichen Zeitraum ist die Schülerzahl von 25.000 auf fast 40.000 angestiegen. Außerdem schlägt Brandenburg jetzt einen Sonderweg ein und will massiv den Einzelunterricht zugunsten des Gruppenunterrichts reduzieren. Unter diesen Umständen ist eine Talentförderung an den Musik- und Kunstschulen wie bisher kaum mehr möglich. Eltern, Lehrkräfte und Fachleute sind alarmiert und befürchten einen drastischen Qualitätsverlust.

Die Musik- und Kunstschulen des Landes Brandenburg haben deshalb eine Volksinitiative gestartet, damit sich das Land Brandenburg wieder angemessen an der Musik- und Kunstschulförderung beteiligt, die gestiegenen Kosten nicht zu Lasten von Eltern und Kommunen gehen und die bewährte Fördersystematik beibehalten wird.

In nur vier Wochen seit dem Start der Volksinitiative am 21. Mai 2014 konnten die Musik- und Kunstschulen im Land Brandenburg bereits 17.542 Stimmen sammeln. Viele Elternvertreter beteiligten sich sehr aktiv und sammelten Hunderte Unterschriften. Und auch Eltern an den Grundschulen, die als Kooperationspartner der Musikschulen im Programm „Klasse : Musik“ teilnehmen, unterschrieben den Aufruf mehr als 2000mal. 20.000 Stimmen müssen binnen eines Jahres gesammelt sein, damit sich der Landtag mit dem Brandenburgischen Musik- und Kunstschulgesetz erneut befasst.

Heute fand auf dem Alten Markt vor dem Landtag die Demonstration der Musik- und Kunstschulen statt. In der Kundgebung verkündete der Vorsitzende des Musik- und Kunstschulverbandes, Dr. h.c. Hinrich Enderlein, das beeindruckende Zwischenergebnis: In nur vier Wochen seit dem Start der Volksinitiative am 21. Mai 2014 sammelten die Musik- und Kunstschulen bereits 17.542 Unterschriften.

Mit vielen kreativen, farbenfrohen und lauten Aktionen machten SchülerInnen und Lehrkräfte der Musik- und Kunstschulen auf ihre zentralen Anliegen aufmerksam. Das Jugendblasorchester Kleinmachnow und die Trommelgruppe der Musikschulen aus Potsdam und Potsdam-Mittelmark stimmten schwungvoll mit Pauken und Trompeten auf die Initiative der Musik- und Kunstschulen ein.

48 Kinder der Bläser- und Percussionklasse der Grundschule Schulzendorf waren zur Exkursion der politischen Bildung nach Potsdam aufgebrochen, um ihre Initiative „Klasse : Musik“ vorzustellen. Eine Ausweitung dieser erfolgreichen Kooperation von Grundschulen und Musikschulen wäre nicht realisierbar, sollte die Landesförderung auf dem jetzigen Stand bleiben.

Das Hornquartett der Städtischen Musikschule Potsdam, Preisträger des bundesweiten Nachwuchswettbewerbs „Jugend musiziert“, war ebenso mit von der Partie wie die Bigband des Helmholtz-Gymnasiums. Sie gaben einen Eindruck von der hohen Qualität der Musikschulangebote. Sollte der Einzelunterricht an Musikschulen drastisch abgebaut werden, wäre eine solche beispielhafte Nachwuchsförderung nicht mehr möglich.

Akrobaten der LAG Kinder- und Jugendzirkus Berlin-Brandenburg, Clowns des Offenen Kunstvereins Potsdam und großformatige Vliese und Drucke aus den Kunstschulen schließlich machten deutlich, dass Kunst- und Musikschulangebote gleichwertig sind und auch gleichwertig gefördert werden müssen. Mit der üblichen temporären Projektförderung, die von Jahr zu Jahr differiert, kommt die kulturelle Bildung hier keinen Schritt weiter.

Die Initiative genießt eine breite Unterstützung. Die Vorsitzenden und Sprecher der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der CDU und sogar der Linken sicherten ihre Unterstützung in der Kundgebung zu.

Die beiden Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP, Prof. Michael Schierack und Andreas Büttner betonten, das Geld für kulturelle Erziehung und Bildung sei gut angelegt, um auch für die nächsten Generationen das kulturelle Erbe zu sichern. Sie setzen sich dafür ein, den Anteil der Landesförderung an den Gesamtkosten wieder auf 15 Prozent anzuheben – statt wie zuletzt 9 Prozent.

Für die bildungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Maire-Luise von Halem, hat der Anspruch auf Bildung erste Priorität, ihre Fraktion unterstützt daher die Volksinitiative "Musische Bildung jetzt". Im Gesetzgebungsverfahren wurde ihr Änderungsantrag zur Erhöhung der Förderung auf 5,2 Mio. Euro für die Musikschulen und 400.000 Euro für die Kunstschulen abgelehnt.

Die Regierungsfraktionen betonten die hohe Bedeutung der Aufnahme der Kunstschulen Brandenburg in das neue Brandenburgische Musik- und Kunstschulgesetz. Die Fraktionsvorsitzende der Linken, Margitta Mächtig, sprach sich ebenfalls für eine Erhöhung der Landesförderung für Musik- und Kunstschulen auf 5 Millionen Euro aus.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Susanne Melior, appellierte hingegen an die Musik- und Kunstschulen, die überwiegend kommunalen Träger nicht aus der Verantwortung der Finanzierung zu lassen und erntete dafür Pfiffe. Die Kommunen beteiligen sich bereits mit über 50 Prozent an den Gesamtkosten der Musik- und Kunstschulen, über die Gebühren steuern Eltern weitere 40 Prozent bei. Der Anteil der Landesförderung ist hingegen von ehemals 15 Prozent auf 9 Prozent abgesunken.

„Wir möchten so viele Unterstützer wie möglich gewinnen und deutlich machen, dass es sich um ein breites gesellschaftliches Anliegen handelt“, so Thomas Falk, Sprecher der Volksinitiative und Geschäftsführer des Verbands der Musik- und Kunstschulen, „Kultur und Bildung muss man wollen. Bleibt zu hoffen, dass das Land Brandenburg sich darauf besinnt, Kultur und Bildung wieder angemessen und nachhaltig zu fördern und den Versprechungen nach der Landtagswahl auch Taten folgen zu lassen.“